

nen und Schüler und Eltern einen Anspruch haben, einen guten Unterricht erleben zu dürfen, so hat die Lehrerin/der Lehrer einen Anspruch, dafür angemessen bezahlt zu werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, durchschnittlich 600 € netto weniger als ihre verbeamteten Kolleginnen und Kollegen verdienen Angestellte im Schuldienst. Diese Ungerechtigkeit lastet auf unseren Schultern und Schulen wie Blei.

Daher muss es eine Anpassung geben, die bisher im Haushalt im Einzelplan 05 nicht vorgesehen ist.

(Beifall von der LINKEN)

Wenden Sie sich endlich mal auch diesen Problematiken zu, und geifern Sie hier nicht rum, als wenn Ihnen der Knochen weggenommen werden soll.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, zudem müssen wir uns auch der Möglichkeit zuwenden, einen Ausgleich für die Kolleginnen, Ansprechpartnerinnen für Gleichstellungsfragen an Schulen zu erzielen. Diese Kolleginnen – wir haben in diesem Hause schon darüber debattiert – machen eine Arbeit, die unverzichtbar und gesetzlich vorgegeben ist, sie erhalten aber keinen Ausgleich.

Wir fordern Sie auf – Sie kennen unseren Antrag –, dass diese Kolleginnen wenigstens eine Stunde Entlastung pro Woche erhalten. Sicher wird jetzt sofort wieder der Pawlowsche Reflex kommen: Aber sie bekommen ja eine Entlastung. Nein, diese Entlastung beruht eben nur auf Freiwilligkeit der Schule.

Also noch einmal: Bitte nicht nur die Gemeinschaftsschule in den Fokus stellen, sondern die breite Schullandschaft nicht aus den Augen verlieren. Ich glaube, dann können auch Sie als FDP und auch Sie als CDU eine gute zielorientierte Schulpolitik für dieses Land, für Schüler, für Eltern und für Kolleginnen und Kollegen machen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Beuermann. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme mir zwar ein bisschen blöd vor, wenn ich ausgerechnet den Schluss der schulpolitischen Debatte zum Haushalt dazu nutze, Sie zu ermahnen, ein bisschen Ruhe zu halten.

(Gunhild Böth [LINKE]: Machst du schon!)

Es ist sehr laut. Wir hier oben sind uns alle einig. Man bekommt die Zwischenfragen kaum richtig mit. Wenn Sie in den Saal kommen, seien Sie doch bitte leise, führen Sie Gespräche leise oder am besten gar nicht. Ich darf das an der Stelle im Namen des gesamten Präsidiums einmal sagen.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Das hätten Sie ja mal vorher sagen können! Das störte schon, Herr Keymis!)

– Ich lasse mich aber von Ihnen nicht zurechtweisen, Frau Kollegin, und nehme die Dinge so wahr, wie ich das für richtig halte.

(Allgemeiner Beifall)

Wir sind am Ende der Debatte. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung, und zwar über den Einzelplan 05. In Beschlussempfehlung Drucksache 15/1705 wird empfohlen, den Einzelplan in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer stimmt dem zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP.

(Zuruf: Einige mehr!)

– Bitte?

(Heike Gebhard [SPD]: Einige mehr!)

– Nein, es waren alle. Habe ich gesehen. Alle von CDU und FDP waren dagegen. Alle von SPD und Grüne waren dafür. Enthaltungen gibt es keine. Die Linke hat ja angekündigt, nicht mitzustimmen. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 15/1705** mit Mehrheit im Hohen Hause **angenommen** und der **Einzelplan 05 verabschiedet**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 06 Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung

Ich weise hin auf Beschlussempfehlung und Bericht in der Drucksache 15/1706, eröffne die Beratung und erteile der Fraktion der CDU das Wort, und zwar dem Kollegen Herrn Dr. Brinkmeier. Bitte schön, Herr Dr. Brinkmeier.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Vielen Dank für die Erteilung des Wortes.

(Unruhe – Glocke)

Ich möchte vor Eintritt in die Haushaltsdebatte den Anlass nutzen, um Frau Ministerin Schulze auch im Namen meiner Fraktion nachträglich alles Gute zur Hochzeit zu wünschen. Alles Gute für den gemeinsamen Lebensweg!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wissenschaftliche Freiheit und eine ausgezeichnete Leistung in Forschung und Lehre zeichnen die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aus.

Unter der von CDU und FDP getragenen Landesregierung haben in der vergangenen Wahlperiode nach fast einhelliger Aussage aller Beteiligten die

Hochschulen, aber auch die Wissenschaft und die Forschung allgemein einen riesigen Schub nach vorn gemacht.

Es waren Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers und der stellvertretende Ministerpräsident Prof. Dr. Andreas Pinkwart als zuständiger Fachminister, die es mit ihrer ganz bewusst wissenschaftsfreundlichen Politik geschafft haben, den richtigen Rahmen zu setzen. Für die CDU-Landtagsfraktion möchte ich mich darum noch einmal ganz ausdrücklich bei Herrn Pinkwart und Herrn Rüttgers für ihr großartiges Engagement in dieser Sache bedanken. Danke schön!

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Denn unsere Hochschulen sind im bundesdeutschen und im europäischen Vergleich sehr erfolgreich geworden und stehen damit wesentlich besser da als noch zu Beginn des letzten Jahrzehnts.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Ich will ein Beispiel geben: Der Erfolg in der Zwischenrunde der Exzellenzinitiative ist sicherlich ein guter Beleg und Nachweis dafür, dass die Hochschulpolitik der letzten Jahre erfolgreich war.

Hochschulautonomie sowie auskömmliche und sichere Finanzierung stellen die beiden wesentlichen Säulen dar, auf denen ein tragendes wissenschaftspolitisches Gerüst errichtet werden kann. Was die Hochschulautonomie betrifft, so möchte ich an dieser Stelle nur anmerken, dass wir genauso wie die Hochschulen selbst sehr darauf achten werden, dass die rot-grüne Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen diese Autonomie, diese Freiheit der Hochschulen, die bundesweit vorbildlich ist, nicht beschneiden werden.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Über die zweite Säule, die Finanzierung, geht es in dieser Haushaltsdebatte. Im Sinne von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit will ich anmerken, dass bis auf die Kompensationsmittel praktisch alle Erhöhungen im Einzelplan 06 daher rühren, dass man gesetzlichen Verpflichtungen nachkommt wie zum Beispiel der BAföG-Erhöhung oder den Bundesländer-finanzierten Einrichtungen.

(Zurufe von der SPD)

Zum Glück hat die Landesregierung eingesehen, dass die stabile Finanzierung der Hochschulen sichergestellt werden muss. Wo noch die alte rot-grüne Landesregierung vor zehn Jahren mit dem sogenannten Qualitätspakt Stellenabbau betrieben hat, haben wir von CDU und FDP in der 14. Wahlperiode mit dem Zukunftspakt erstmals eine solide Finanzierungsgrundlage geschaffen, die ihren Namen auch wirklich verdient hatte. Aber diese Landesregierung hat keine auskömmliche Finanzierung der Hochschulen sichergestellt. Rot-Grün zusammen mit den Linken schafft die Studienbeiträge ab

und gibt den Hochschulen weniger Kompensationsmittel, als sie durch die Studienbeiträge in diesem Jahr bekommen hätten.

(Gunhild Böth [LINKE]: Da sind Sie doch schuld dran!)

Das ist ein Skandal, denn dadurch werden sich die Studienbedingungen an den Hochschulen wieder verschlechtern.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Auch finanzpolitisch ist die Abschaffung der Studienbeiträge ein Skandal, denn die Bereitstellung der Kompensationsmittel in Höhe von 125 Millionen € in diesem Jahr und des doppelten Beitrags in den Folgejahren ist ja schuldenfinanziert und vergrößert damit die Nettoneuverschuldung und Schuldenlast des Landes Nordrhein-Westfalen in unverantwortlicher Weise.

Noch ein Weiteres: Diese Kompensationsmittel schnüren dem Einzelplan 06 auf Dauer die Luft ab, denn es ist doch keine Illusion, wenn wir davon ausgehen müssen, dass der Finanzminister auch im Haushaltsvollzug 2011 und erst recht bei der Aufstellung des Haushaltes 2012 und folgende sagen wird: Nun seht mal zu im Wissenschaftsministerium, dass ihr die Mittel dafür aus dem Etat nehmt. Wir können das nicht mehr alles ohne Weiteres komplett über Schulden refinanzieren.

Der Effekt wird sein, dass es zahlreiche kleinere und mittlere Positionen geben wird, die nicht mehr bedient werden können. Schon jetzt erreichen uns Meldungen von NRW-Hochschulen und Forschungseinrichtungen, wonach Finanzierungszusagen zum Beispiel über Geräteinvestitionen nicht eingehalten oder verzögert werden. Durch die rot-grüne Politik der Wahlgewinne wird damit eine Fehlfinanzierungsbeitragsbugwelle im Einzelplan 06 aufgebaut. Die ist zum Schaden der Wissenschaftsregion Nordrhein-Westfalen. Das wird wirklich schädlich sein.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch ein Wort zur Begründung des Wegfalls der Studienbeiträge: Das Hauptargument von SPD, Grünen und Linken gegen die Studienbeiträge war: Wir wollen nicht, dass sich Studierende verschulden. – Mit diesem Argument sind Sie durch das ganze Land gelaufen. Bei Podiumsdiskussionen, Landtagsdebatten und Expertenanhörungen in diesem Hohen Haus haben Sie immer dieses Argument angeführt. Bei der Einbringung des Einzelplans 06 in unserem Fachausschuss haben Sie, Frau Ministerin Schulze, schriftlich und auch mündlich den Wegfall der Studienbeiträge wie folgt begründet: Durch diesen Wegfall werde die Kaufkraft der Studierenden gestärkt.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Hört, hört!)

Und damit diene diese Maßnahme der Abwendung des gestörten wirtschaftlichen Gleichgewichts. – Da kann ich nur fragen: Wie bitte? Wie soll der Zusammenhang sein? Es ist doch schon abstrus genug, zu glauben, dass eine gar nicht vorhandene Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts durch eine erhöhte Kaufkraft von Studenten abgewehrt werden kann. Allerdings haben Sie das ja nur als Präventivargument für eventuelle Gerichtsverfahren aufgesagt. Aber dass Sie sich damit auch selbst widersprechen, das scheint Ihnen von SPD und Grünen erst langsam zu dämmern. Also noch einmal: Bei zusätzlicher Kaufkraft hat man auch zusätzliche Schulden. Die Schulden sind dann eben nicht weg. Damit entfällt Ihr zentrales Argument für die Abschaffung der Studienbeiträge. Das heißt sich. Sie müssen sich schon entscheiden, was Sie wirklich wollen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich will noch auf eine Änderung bei den Haushaltsansätzen zum Einzelplan 06 in der Beschlussfassung der Mehrheit des HFA besonders hinweisen: In den Kapiteln 06 030 und 06 040 verschieben Sie insgesamt rund 7 Millionen € aus verschiedenen Titeln von den Betriebskosten hin zu neuen Titeln, die als Investitionszuschüsse bezeichnet werden. Um es klar zu sagen: Dieses Manöver fahren Sie nur, um die scheinbare Investitionssumme des Landes zu erhöhen, um sich also in Trippelschritten der Verfassungsmäßigkeit zu nähern.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das sollten Sie mal belegen!)

Das ist nichts anderes als ein Buchungstrick. Gleichzeitig führen Sie sowohl bei den alten als auch bei den neuen Titeln jeweils einen Haushaltsvermerk ein, der die gegenseitige Deckungsfähigkeit ermöglicht. Das ist keine seriöse Haushaltspolitik. Das ist unseriös.

(Beifall von der CDU)

Das machen Sie einfach. Ich bitte den Landesrechnungshof darum, erstens zu überprüfen, ob so eine Scheinbuchung tatsächlich die Investitionssumme des Landeshaushalts erhöht, und zweitens, ob die als Investitionszuschüsse bezeichneten neuen Titel tatsächlich im Haushaltsvollzug für Investitionen genutzt werden. Das wird sehr spannend sein. Wir werden das im Laufe des Jahres erleben.

Lassen Sie mich zum Schluss noch anmerken, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie die Institute der Titelgruppe 73 per Haushaltsvermerk in „Johannes Rau Forschungsinstitute“ umbenennen. Mir zeigt das, dass Sie ziemlich verzweifelt versuchen, den Namen von Johannes Rau wieder für sich zu buchen. Ich finde das an dieser Stelle etwas aktionistisch.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und von der FDP)

Wenn Sie nichts Besseres zu tun haben, bitte schön, das sei Ihnen überlassen, aber die Menschen im Land erwarten von Ihnen endlich eine solide Politik, auch im Wissenschaftsbereich.

Wir lehnen diesen Haushalt ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Brinkmeier. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Kollege Schultheis.

Karl Schultheis (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich will zunächst auf einige wenige Punkte eingehen, die Herr Dr. Brinkmeier gerade hier vorgetragen hat. Zum Haushalt selbst haben Sie ja vergleichsweise wenig gesagt, Herr Dr. Brinkmeier. Ich weiß nicht, ob die Lobhudelei zu Beginn Ihrer Rede den beiden genannten Personen wirklich gerecht wird. Wenn diese das wirklich nötig hätten, täten sie mir sehr leid.

Meine Damen und Herren, zu den Stichworten, die ich hier ansprechen will: Sie haben die Exzellenzinitiative genannt. Die Exzellenzinitiative ist durch die rot-grüne Bundesregierung in Gang gesetzt worden, und zwar unter Kanzler Schröder und Ministerin Bulmahn. Sie hat hier in Nordrhein-Westfalen in der Tat dazu geführt, dass unsere Hochschulen sich gerade im Bereich der forschungsorientierten Arbeit profilieren konnten. Das ist kein Ergebnis Ihrer Regierungspolitik in den letzten fünf Jahren. Denn es ist so, Herr Dr. Brinkmeier: Forschung und Exzellenz können Sie nicht mit dem Lichtschalter an- und ausschalten. Exzellenz braucht eine lange Vorlaufzeit. Diese lange Vorlaufzeit ist gerade in den SPD-verantworteten Ministerien, gerade auch im Wissenschaftsministerium, aufgebaut worden. Hier sind die Forschungsinfrastrukturen, die Institute, die Hochschulen aufgebaut worden, die dann auch diese Exzellenz tragen können.

Zur Autonomie: Hier hat niemand die Autonomie der Hochschulen infrage gestellt. Wir können uns, wenn es um die Novellierung des Hochschulgesetzes geht, gern über die Frage unterhalten, wie Autonomie verstanden wird – in Nordrhein-Westfalen und auch im Konzert der anderen Bundesländer.

Zum Thema „Kompensationsmittel“ ist zu sagen, dass diese Mittel in der Tat zur Verfügung stehen. Ich verstehe Herrn Laumann nicht, der diese Kompensationsmittel zur Einsparung vorschlägt. Das Gesetz zur Abschaffung der Studiengebühren ist durch diesen Landtag beschlossen, und wir als Abgeordnete des Landtags sollten uns zuallererst an beschlossene Gesetze halten, selbst wenn sie uns

nicht gefallen. Das müssen und das mussten auch wir in vielen anderen Fällen ertragen. Das ist so.

Diese Kompensationsmittel stehen den Hochschulen zu. Das ist hier auch mehrheitlich so beschlossen worden. Insofern können Sie diese Mittel nicht für Einsparzwecke zur Verfügung stellen. Es wäre ja auch widersinnig, auf der einen Seite zu sagen: „Wir müssen die Hochschulen stärken“, und auf der anderen Seite, wie Sie es tun, hinzugehen und den Hochschulen entsprechende Mittel wegzunehmen. Da sollten Sie schon einmal konsequent sein.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, Wissenschaft und Forschung sind – wir haben ja eben gerade über den Schulhaushalt gesprochen – das dritte Element in der Bildungskette, das geeignet ist, eine präventive Sozialpolitik im weiteren Sinne zu ermöglichen, neben der Elementarbildung und neben der schulischen Bildung. Diese Präventivwirkung ist für die Entwicklung des Staates und der Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen von entscheidender Bedeutung, und sie ist von entscheidender Bedeutung natürlich auch für die Menschen, die in unserem Land leben, für ihre Lebens- und Berufschancen.

Wenn wir hier über den Haushalt diskutieren, dann haben wir natürlich auch die entsprechenden Auswirkungen auf die Wirtschaftskraft und die Steuerkraft unseres Landes im Blick. Das ist nicht unerheblich, und dazu, meine Damen und Herren, trägt dieser Haushalt entscheidend bei und mit ihm der vorliegende Einzelplan 06, der ein Gesamtvolumen von 6,2 Milliarden € und damit eine Steigerung von 357 Millionen € aufweist; die Steigerungsrate beträgt also 6,1 %.

Ich kann mich erinnern, Herr Dr. Brinkmeier, dass wir hier schon ganz andere Steigerungsraten gefeiert haben.

Auch in den vergangenen Jahren sind wir unseren Verpflichtungen aus der Bund-Länder-Finanzierung, aus dem BAföG und aus dem Pakt für Forschung gerne nachgekommen, um unsere Hochschulen entsprechend auszustatten. Das ist also nichts Neues.

Ein Plus von 6,1 % gegenüber dem Jahr 2010 ohne Berücksichtigung des Nachtragshaushalts, der ja nicht zustande gekommen ist, ist eine gute Steigerungsrate, wenn es darum geht, mit unseren Hochschulen, mit den Wissenschaftseinrichtungen eine präventive Politik zu betreiben.

Im Mittelpunkt steht ja, dass wir erreichen wollen – und dazu gehört nun auch die Abschaffung der Studiengebühren, Herr Dr. Brinkmeier –,

(Zuruf von der FDP)

dass es eine bessere Übergangsquote von der Studienberechtigung zum Studium gibt. Das ist das Ziel. Wir wollen den Fachkräftemangel bekämpfen.

Hierzu liefern uns sowohl die OECD-Studie als auch die Prognos-Studie, die hier ja auch schon mehrfach angesprochen wurde, gutes Basismaterial. Wir können daran sehen, dass wir hier mit den Hochschulen die soziale Prävention insofern stärken, als dies eine wichtige Schnittstelle in Richtung Arbeitsmarktpolitik bildet.

Ich will Ihnen mit Genehmigung des Präsidenten aus der Darstellung der Prognos-Studie den Bedarf an Hochschulabsolventen noch einmal in Erinnerung bringen. In dieser Studie heißt es, dass bis zum Jahr 2020 ein Fachkräftemangel von 630.000 Personen festgestellt wird. Bis zum Jahr 2030 wird dieser Fachkräftemangel auf 730.000 Personen steigen. Allein für Hochschulabsolventen können 300.000 Stellen nicht besetzt werden. Wenn Sie sich dann die entsprechende Aufstellung ansehen, stellen Sie fest, dass bei den Ingenieurwissenschaften ein Fachpersonalmangel von 29 % besteht. In der Medizin sind es 41 % und bei den Erziehungswissenschaften und im Bereich des Lehramts 31 % usw. Insofern ist die Abschaffung der Studiengebühren mit dem Ziel, mehr Studienberechtigte für ein Studium zu gewinnen – das ist das Ziel –, die richtige Strategie, um diesen Fachkräftemangel nun dauerhaft zu bekämpfen. Diese strategische Maßnahme schlägt sich auch im vorliegenden Entwurf für den Einzelplan 06 nieder.

Ich darf sagen: Ich unterstütze die wiederholte Feststellung von Frau Ministerin Schulze, dass Investitionen in Wissenschaft und Bildung rentierliche Investitionen für das Land und für die Menschen sind.

Weil Sie eben die Umschichtung im Rahmen des Haushaltsverfahrens angesprochen haben: Die Zuschüsse, die wir an die Fraunhofer-Gesellschaft oder an die Max-Planck-Institute geben, bestehen immer aus Personalmitteln und investiven Mitteln. Ich finde es nur richtig, wenn wir hier eine Diskussion führen, die auch einem stärker bilanzorientierten Haushalt verpflichtet ist. Wir sollten hier genauer hinschauen und uns fragen: Was sind denn nun tatsächlich Personalkosten, und was sind investive Kosten?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Da kommen wir gern Ihrem Wunsch nach. Das geschieht ja auch.

Meine Damen und Herren, im Übrigen schreibt der vorliegende Einzelplan 06 für das Haushaltsjahr 2011 im Wesentlichen den Einzelplan des Jahres 2010 fort. Ich wüsste nicht, wo überhaupt – bis auf diese 125 Millionen € – Kritik anzubringen wäre. Abgesehen von diesem Haushaltsposten wüsste ich nichts, was sich wirklich strukturell in eine andere Richtung bewegt hätte als die, die nicht nur in den letzten fünf Jahren, sondern auch in den vielen Jahren davor bestimmend gewesen ist.

4,4 Milliarden € stehen allein für die Hochschulen und für die Universitätskliniken zur Verfügung. Ich

sage noch einmal: Nicht die Studiengebühren allein können die Qualität bestimmen. Diese 4,4 Milliarden € bestimmen die Qualität unserer Hochschulen und Universitätskliniken um ein Vielfaches. Das muss auch von den Hochschulen so gesehen werden. Ich würde sie sonst nicht verstehen.

Hinzu kommen natürlich die Kompensationsmittel von 125 Millionen €, die nach dem vorgesehenen Verfahren – wir werden im Ausschuss in Kürze die Rechtsverordnung beraten – auch an die Hochschulen weitergeleitet werden. Von daher habe ich absolutes Unverständnis für die Äußerungen von Herrn Laumann, die auch von der CDU-Fraktion getragen werden, diese Mittel zur Disposition zu stellen. Dahinter steht keine Logik.

Unsere Hochschulen brauchen Planungssicherheit, und diese Planungssicherheit haben wir hier als Landtag gegenüber der Landesregierung eingefordert. Ich darf mich von daher bei Frau Ministerin Schulze und auch bei den Hochschulen bedanken, dass die Hochschulvereinbarung unterschriftsreif entwickelt worden ist, sodass bis zum Jahre 2014 in der Tat Qualitäts- und Zukunftspakt fortgeschrieben werden und Planungssicherheit für die Hochschulen besteht. Das heißt nicht, dass die Summe aufgrund eintretender Tarifsteigerungen und ähnlicher Sachverhalte nicht auch gesteigert werden muss. Aber das ist ein fester Posten, mit dem unsere Hochschulen rechnen können.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, die Hochschulen haben ein vitales Interesse an dieser Vereinbarung, um auch ein Stück von der Jährlichkeit unseres Landeshaushalts wegzukommen. Nochmals: Forschungsprojekte, Forschungsinvestitionen sind nicht einjährig, sondern gehen über eine Reihe von Jahren.

Andere Bundesländer – ich denke da an Hessen – schauen neidvoll auf Nordrhein-Westfalen, wie wir hier unter finanziell schwierigen und engen Rahmenbedingungen unsere Hochschulen dazu nutzen, die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu stärken.

Die eigentlichen „freien“ Mittel, wie man sie nennt, im Rahmen des Einzelplans 06 sind im Vergleich zum Gesamtbudget gering. Schauen Sie einmal genau hin! Ihr Minister Pinkwart und auch der Ministerpräsident, den Sie eben so gelobt haben, sind durch die Lande gezogen und haben Zusagen gemacht – das haben wir immer kritisiert, weil wir den Haushalt ja lesen konnten; ich habe das hier mehrfach angemahnt –, die im Haushalt nicht finanziell abgesichert waren.

(Zuruf von der CDU: Doch!)

– Ich nenne Ihnen gleich ein schönes Beispiel dafür. – Ministerin Schulze muss jetzt die Zusagen, die Herr Pinkwart und andere gemacht haben, abarbeiten,

(Manfred Palmen [CDU]: Haben wir auch gemacht!)

es sei denn, Herr Palmen, man folgt dem Vorschlag Ihres Fraktionsvorsitzenden und kürzt die Förderprogramme um 2 %. Das und ähnliche Maßnahmen, die vorgeschlagen sind, führen zu einer Reduzierung von 40 Millionen € in dem Bereich von Innovation und Forschung. Ich weiß nicht, wie man so etwas fordern kann; das ist mir ein Rätsel. Aber das wäre die Konsequenz.

(Manfred Palmen [CDU]: 4,8 Milliarden Schulden – deswegen!)

– Hören Sie mal, bei Schulden kennen Sie sich doch am besten aus. Schauen Sie sich einmal Ihre Haushalte der Vorjahre an, wie man Schuldenentwicklung bei bester Einnahmesituation betreiben kann.

(Widerspruch von Manfred Palmen [CDU])

Herr Palmen, Sie können gar nicht davon ablenken, welche Finanzpolitik Sie in den letzten Jahren hier fabriziert haben, wie wir so schön in Aachen sagen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Und das löst auch nicht das Problem.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Er lenkt nicht ab, er argumentiert, Herr Kollege!)

– Herr Ellerbrock, es ist ja schön, dass Sie wieder da sind,

(Heiterkeit von der SPD und von den GRÜNEN)

aber unter einem Argument stelle ich mir etwas anderes vor. Ich kenne Herrn Palmen nur mit knackigen Einwüfen. Sie müssen nicht richtig sein; sie sind einfach nur knackig. Das hilft uns aber nicht weiter, wenn es um die Finanzen unseres Landes geht.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Ich sage Ihnen noch einmal: Frau Ministerin Schulze und die jetzige Landesregierung müssen die Zusagen der alten Landesregierung einlösen. Und das DZNE in Bonn, dass jedes Haushaltsjahr, Herr Brinkmeier, hier abgefeiert worden ist – das Institut als solches ist noch von Frau Ministerin Kraft, unserer jetzigen Ministerpräsidentin, auf den Weg gebracht worden –, muss jetzt finanziert werden. Keine Vorsorge ist getroffen worden! Das ist keine nachhaltige Politik, die Sie hier anzubieten haben.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Nochmals: Wir sehen dieses dritte Element der Bildungskette als ganz wesentlich an, auch das wirtschaftliche Gleichgewicht in unserem Land wieder herzustellen. Hier werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass wir kontinuierlich die Wirtschaftskraft unseres Landes aufbauen, indem wir die Qualifizierung junger Menschen vorantreiben

und die Schere zwischen Studienberechtigten und Studierenden von 30 % in Richtung 50 % bewegen wollen. Das ist für uns die Zielmarke. Das ist hartes Brot, harte Arbeit, und dafür wollen wir die Hochschulen gewinnen. Und die Hochschulen erhalten im Vergleich zu anderen Einrichtungen des Landes, die auch über den Landeshaushalt finanziert werden, eine gute Voraussetzung, indem wir die Planungssicherheit bis zum Jahre 2014 sicherstellen.

Im Übrigen war ich sehr enttäuscht von den Beratungen im Wissenschaftsausschuss, was Ihre Vorschläge angeht. Ich habe Sie gefragt, ob es irgendetwas gibt, was aus Ihrer Sicht in diesem Haushalt überflüssig ist. Darauf ist keine Antwort gekommen. Also: Meckern Sie jetzt hier nicht rum!

(Beifall von der SPD – Zustimmung von Gunhild Böth [LINKE])

Sie hatten und haben die Gelegenheit, hier konkrete Vorschläge zu machen. Sie sind bis jetzt nicht erfolgt. Vielleicht kommt noch etwas in der nächsten Lesung.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

– Herr Palmen, haben Sie einen Vorschlag für den Wissenschaftshaushalt?

(Manfred Palmen [CDU]: Wir haben gesagt: Lasst doch die Studiengebühren stehen! Das ist doch ein konkreter Vorschlag!)

– Der Vorschlag ist ungeeignet, weil die Gesetzeslage in diesem Land etwas anderes vorsieht und er genau in die Richtung geht, die eben verhindert, dass mehr junge Menschen in ein Studium einsteigen, die wir benötigen, um den Fachkräftemangel zu beseitigen

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

oder ihn zumindest günstiger zu gestalten. Das ist unser Ziel. Das ist volkswirtschaftlich sinnvoll, bildungspolitisch sinnvoll, und es ist auch sinnvoll für jeden einzelnen jungen Menschen in diesem Lande. Wir werden diesem Einzelplan zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schultheis. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Dr. Seidl das Wort.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Brinkmeier, auch wenn Sie es nicht gerne zur Kenntnis nehmen wollen: Es ist ein sehr erfreulicher Etat für Innovation, Wissenschaft und Forschung, der uns heute vorliegt. Sie sollten besser nicht rückwärts gucken und einem abgedankten Innovationsminister danken, sondern eher der Ministerin Frau Schulze. Auch

wenn Sie ihr zur Hochzeit gratuliert haben – es wäre vielleicht besser, wenn Sie das heute einmal zu diesem Etat getan hätten.

Trotz der schwierigen Haushaltslage konnten wir auch zusätzliche Mittel für Forschung und Lehre bereitstellen. Gegenüber 2010 steigen die Ausgaben im Einzelplan 06 auf 6,2 Milliarden €. Das ist ein Zuwachs von 5,8 %. Damit liegen wir in relativen wie in absoluten Zahlen im Spitzenfeld aller Einzelpläne. Das heißt, wir haben Wort gehalten und auch im Wissenschaftsbereich einen klaren Schwerpunkt auf mehr Investitionen in Bildung gelegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Haushalt haben wir aber auch den doppelten Abiturjahrgang im Blick sowie die steigende Zahl der Studierenden durch die Aussetzung der Wehrpflicht. Auch das ist ein wichtiges Thema. 40 Millionen € sind im Rahmen des geplanten Aufwuchses der Mittel im Hochschulpakt veranschlagt. Weitere Studienplätze schaffen wir auch mit dem Ausbau der Fachhochschulen, der uns in diesem Jahr 25,5 Millionen € kostet.

Besonders erfreulich ist es, dass nach Jahren der Kürzungen durch Ihre Vorgängerregierung auch die Studentenwerke jetzt mehr Mittel erhalten, um ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen und Investitionen im Wohnraumbereich tätigen zu können. Eines ist klar: Wenn wir mit mehr Studierenden rechnen, dann müssen wir auch den entsprechenden Wohnraum und eine ausreichende Zahl an Mensaplätzen zur Verfügung stellen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ja, es ist klar: Unsere Studierenden müssen irgendwo wohnen. Sie müssen essen und schlafen können – und das auch zu verträglichen Preisen.

(Gunhild Böth [LINKE]: Sind alle im „Hotel Mama“!)

Auch die Frauenförderung erhält unter Rot-Grün wieder einen angemessenen Stellenwert. Ich erinnere mich zurück: Es hat überhaupt keine Transparenz in der letzten Legislaturperiode gegeben. Wir schaffen mehr Transparenz mit der Wiedereinrichtung einer eigenen Titelgruppe, die es nicht mehr gegeben hat. Die dafür notwendigen Mittel, die in Ihrer Regierungszeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, im sogenannten Strukturfonds verschwunden sind, werden nun wieder in voller Höhe für die Frauenförderung zweckgebunden bereitgestellt.

Ich sage noch dazu, warum es wichtig ist: Die unzureichende Repräsentanz von Frauen, insbesondere in den Führungspositionen in Wissenschaft und Forschung, gehört nach wie vor zu den gravierendsten Defiziten der wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland. Das sagt uns auch der Wissenschaftsrat. Vor diesem Hintergrund wollen wir uns mit den hier veranschlagten Mitteln am Professorinnen-Programm des Bundes und der Länder betei-

gen. Wir unterstützen damit außerdem die Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen, das Netzwerk Frauen- und Geschlechterforschung und auch die Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen und Universitätsklinika des Landes NRW.

An dieser Stelle sieht man genau, welcher Unterschied zwischen Ihnen und uns besteht. Wir planen strukturell und setzen die Gelder für ganz bestimmte wichtige Ziele des Landes ein. Den größten Posten schließlich machen die Kompensationszahlungen aus, die mit der Abschaffung der Studiengebühren einhergehen, in der Tat.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Doch darf dabei nicht aus dem Blick geraten – dies gilt für alle eben auch genannten Maßnahmen –: Diese Mittel leisten einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit in unserem Land. Sie schaffen die Voraussetzungen ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin, entschuldigen Sie.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Ich sage das noch eben zu Ende.

... für ein zukunftsfähiges Bildungssystem und sorgen auch für mehr Bildungsbeteiligung und Chancengerechtigkeit in NRW. Sie sind gleichzeitig ökonomisch sinnvolle Investitionen, die sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken. Es war mir wichtig, das zu Ende zu führen. – Jetzt kann der Herr Ellerbrock mir gerne eine Frage stellen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr, Herr Kollege Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Kollegin Dr. Seidl, mir erschließt sich nicht im ersten Ansatz, was die Einrichtung von Frauengleichstellungsstellen mit der strukturierten Verbesserung von Studienbedingungen zu tun hat. Könnten Sie darauf vielleicht noch einmal kurz eingehen?

(Gunhild Böth [LINKE]: Ist doch nicht wahr!)

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Sie haben mir, glaube ich, überhaupt nicht zugehört. Sie haben mir nicht zugehört, als ich darauf einging, was die Situation von Frauen an den Wissenschaftseinrichtungen heutzutage bedeutet, dass die Führungspositionen in diesem Bereich überhaupt nicht ausgefüllt werden und dass der Wissenschaftsrat uns die Gleichstellung an dieser Stelle als Auftrag erteilt hat. Das ist doch wohl klar, auch wenn Sie es nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Mir ist das nicht klar!)

– Ja, dann sind Sie aus dem letzten Jahrhundert. Aber Sie sind ja auch gerade erst wieder in dieses Parlament zurückgekommen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Wir sind doch derselbe Jahrgang!)

Lehre und Forschung, meine Damen und Herren, sind uns gleichermaßen wichtig. Es sind die beiden Säulen des Wissenschaftssystems, die sich gegenseitig ergänzen wie zwei kommunizierende Röhren. Deshalb freuen wir uns, dass wir die Mittel für die Forschungsförderung gegenüber 2010 noch einmal steigern konnten.

Von der vorherigen Landesregierung – das hat eben Kollege Schultheis ausgeführt – nicht ausfinanzierte Vorhaben wie der Aufbau des Solarinstituts, des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt in Jülich und der Neubau des DZNE – Deutsches Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen – in Bonn konnten nun auch finanziell unterfüttert werden. Darüber hinaus ist es uns gelungen, das bisher durch das Land geförderte Institut für umweltmedizinische Forschung in die gemeinsam von Bund und Ländern finanzierte Leibniz-Gemeinschaft zu überführen.

Mit diesem Haushalt investieren wir aber auch in zukunftsfähige Gebäude, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir wollen unsere Hochschulen modernisieren und sanieren. Und wir wollen darauf achten, dass wir dies in dem von der EU jetzt schon anvisierten Passivhausstandard tun. Denn gerade im Gebäudesektor lassen sich künftig enorme Energieeinsparpotenziale erzielen, für die wir ja in Nordrhein-Westfalen auch ambitionierte Ziele formuliert haben. Hierfür werden wir aus dem so genannten Strukturfonds 25 Millionen € als Beitrag des Einzelplans in die Finanzierung des Hochschulmodernisierungsprogramms umschichten.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine Anmerkung zu Ihren nicht vorhandenen Anträgen machen, Herr Brinkmeier, oder vielmehr zu den pauschalen Kürzungsvorschlägen Ihrer Fraktion von 2 % an Förderprogrammen aus Titeln mit der Gruppenbezeichnung 68. Das ist ja Ihr sogenannter Einsparvorschlag.

Für unseren Bereich kann man nur feststellen: Das ist technischer und handwerklicher Murks, denn offensichtlich haben Sie übersehen, dass es sich bei Ihrem Rundumschlag zum Beispiel auch um die BAföG-Mittel handelt, die zu zwei Dritteln gar keine Landesmittel, sondern durchgeleitete Bundesmittel sind, sowie um die ganzen überregionalen Forschungseinrichtungen – DFG, Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Leibniz- und Helmholtz-Gemeinschaft etc.,

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

für die es eine gesetzliche Zahlungsgrundlage gibt. Eine Kürzung ist da schlicht überhaupt nicht möglich.

(Zuruf von Manfred Palmén [CDU])

– Da können Sie gucken, Herr Palmén. Das ist richtig. – Natürlich gibt es in unserem Einzelplan auch 68er-Titel, die man kürzen könnte. Das wären dann beispielsweise die Mittel für die Hochschulen. Ich frage Sie noch einmal: Schlagen Sie wirklich vor, den Hochschulen in unserem Land die Mittel um 60 Millionen € zu kürzen – und das zusätzlich zu Ihrer vorgeschlagenen Streichung der Ausgleichsmittel für die Studiengebühren in Höhe von 125 Millionen €? – Die Debatte möchte ich gerne sehen, die Sie dann mit den einzelnen Hochschulen führen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Es wäre schön, wenn Sie uns diese etwas spektakuläre Streichaktion, die uns Herr Weisbrich bereits im Haushalts- und Finanzausschuss vorgeschlagen hat, noch einmal erläutern könnten.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin, Herr Abgeordneter Palmén möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie die zulassen.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Ja, gerne, Herr Palmén.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Herr Palmén.

Manfred Palmén (CDU): Frau Dr. Seidl, Sie haben in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses fünfeinhalb Stunden dabeigesessen und mitbekommen, wie Herr Weisbrich vorgetragen hat, dass wir die Auffassung vertreten, dass man von dem gesamten Ansatz für Förderungen im Gesamthaushalts – aus einer ganzen Reihe von Gruppen zusammengerechnet – in Höhe von 7,4 Milliarden € 2 % einsparen kann.

(Dr. Ruth Seidl [GRÜNE]: Richtig!)

Und Sie haben mitbekommen, dass er gesagt hat: Bei allen diesen Dingen, die wie BAföG und anderes gesetzlich vorgeschrieben sind, sei es nicht unsere Sache, Ihnen zu sagen, dass Sie da oder dort etwas sparen sollten, sondern dass Sie aus dem Gesamtopf 2 % entnehmen sollten.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, eine Frage zu stellen.

Manfred Palmén (CDU): Sind Sie bereit, das zur Kenntnis zu nehmen?

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Palmén, dann geht aber Ihre Rechnung nicht auf.

(Manfred Palmén [CDU]: Selbstverständlich!)

Dann kommen Sie nie auf 7,4 Millionen €. Wenn Sie das alles rausrechnen, dann kommen Sie auf einen riesigen Teil, den Sie weniger haben. Dann müssen Sie erst einmal Ihre Hausaufgaben machen und uns an dieser Stelle andere Vorschläge vorlegen.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD, von der LINKEN und von Ministerin Barbara Stefens)

Herr Brinkmeier, das passt doch in Ihre Verweigerungsstrategie der letzten Wochen. Ich wiederhole: Bekennen Sie endlich Farbe, was die Hochschulpolitik angeht, und sagen Sie den Hochschulen klipp und klar, bei welchen Projekten bzw. Zuwendungen ganz konkret Sie den Rotstift ansetzen wollen. Solange Sie den Menschen im Land über Ihre politischen Vorstellungen keinen reinen Wein einschenken, brauchen Sie sich auch über sinkende Umfragewerte nicht zu wundern. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Dr. Seidl. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Hafke das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute eine für uns Parlamentarier schwierige Situation. Wir beraten über einen Haushalt, der so in der Form eigentlich nicht beschlussfähig ist.

Die Landesregierung hat angekündigt, dass noch deutliche Veränderungen zu erwarten sind. Das ist auf der einen Seite erfreulich, weil wir alle wissen, dass Sie nicht von alleine das Sparen plötzlich als Tugend erkannt haben. Auf der anderen Seite wäre es jedoch hilfreich, wenn wir heute mit belastbaren Zahlen operieren könnten, wie wir es bereits im Ausschuss eingefordert haben.

Die Regierungsfaktionen haben zwar in der Presse angekündigt, dass sie sparen wollen, aber wo und wie, wird dem Parlament nicht verraten. Aus 7,1 Milliarden € Neuverschuldung sind 4,85 Milliarden € geworden. Das ist schon einmal gut für das Land und die nächsten Generationen. Die massive Absenkung zeigt auch, dass die von der FDP mit Erfolg eingereichte Klage vor dem Verfassungsgerichtshof Wirkung zeigt. Von einer seriösen Haushaltspolitik sind Sie allerdings immer noch meilenweit entfernt.

Wir alle würden das Geld gerne in großen Kannen über das Land verteilen. Wir wissen, dass es viele Bereiche gibt, in die auch sehr sinnvoll Geld fließen

könnte. Das gilt insbesondere für den gesamten Bildungsbereich.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Hafke, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Abgeordnete Mostofizadeh möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie die zulassen.

Marcel Hafke (FDP): Bitte.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Herr Abgeordneter Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Danke schön, Herr Hafke. Wir haben im Haushalts- und Finanzausschuss eine Reihe von Änderungsanträgen gestellt, die Teil der Beschlussempfehlung sind. Insofern wundere ich mich ein bisschen, wenn Sie glauben, dass heute noch etwas zusätzlich kommen würde. Dazu kommt natürlich nichts mehr; die Anträge sind alle schon Teil der Beschlussempfehlung. Stimmt es, dass Ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Papke, für die heutige Sitzung und die morgige Sitzung entsprechende Änderungsvorschläge angekündigt hat und Sie insofern Ihre Arbeit schuldig geblieben sind und nicht die Regierungskoalition?

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Marcel Hafke (FDP): Ich glaube, Sie haben in den letzten Wochen in der Presse immer wieder geäußert, dass es hier Veränderungsbedarf geben muss, weil das Verfassungsgerichtsurteil entsprechende Auswirkungen hat. Das hat zumindest das eine oder andere Mal der Finanzminister durchklingen lassen, und wir haben das im Ausschuss mehrfach diskutiert. Die Ministerin war der Auffassung, dass in diesem Bereich keine Änderungen mehr machbar seien. Dennoch wird es für Sie allgemein wichtig sein, entsprechende Änderungsvorschläge vorzulegen. Wir werden in den nächsten Wochen ja mitbekommen, wie dieser Haushalt zu bewerten ist.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Hafke, da wir gerade bei der Unterbrechung sind: Herr Abgeordneter Schultheis würde Ihnen gerne auch eine Frage stellen, wenn Sie sie zulassen.

Marcel Hafke (FDP): Darf ich zuerst zum Bereich Wissenschaft kommen, dann können wir das vielleicht anschließend machen?

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

– Bitte sehr.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ich habe das gerade als ein Nein gewertet und Sie, Herr

Schultheis, deswegen auch herausgenommen. Ich bitte Sie, sich noch einmal zu Wort zu melden. – Herr Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Ich habe eben ausgeführt, dass wir alle sehr gerne, wie Sie das im Moment angesetzt haben, Geld in großen Kannen über das Land verteilen würden. Wir wissen alle, dass das insbesondere im Bildungsbereich notwendig und wichtig ist, aber wir können doch nicht einfach ausblenden, was Schulden bedeuten, Herr Schultheis. Mehr Schulden bedeuten nämlich weniger Möglichkeiten in der Zukunft. Wir können nicht über bessere Bildung und gute Wissenschaft reden und gleichzeitig riesige Hypotheken für die Zukunft aufnehmen. Das ist meines Erachtens das Skandalöse, was in der Haushaltspolitik passiert. Ihnen ist es – so ist zumindest mein Empfinden – ziemlich egal, was morgen und übermorgen passiert. Einen Gegenfinanzierungsvorschlag zur Abschaffung der Studienbeiträge zum Beispiel habe ich bis heute nicht gehört.

Ich möchte noch die eine oder andere konkrete Anmerkung machen. Für uns als FDP ist es vollkommen klar, dass wir im Bereich Bildung nicht sparen dürfen. Hier geht es darum, die verfügbaren Mittel, die wir haben, vernünftig einzusetzen und zu schauen, welche zusätzlichen Mittel man mobilisieren kann und für welche dringenden Aufgaben man diese ausgeben möchte. Grundsätzlich stellen wir beim Blick in den Einzelplan fest, dass Sie vieles von dem, was unter liberaler Regierungsbeteiligung begonnen wurde, fortführen wollen. Das ist richtig und zeigt, dass Sie trotz Ihrer übertriebenen Pauschalkritik, die Sie immer wieder vorgetragen haben, durchaus anerkennen, dass wir vieles richtig gemacht haben. Frau Schulze, ich sage Ihnen: Wir haben noch vieles mehr richtig gemacht.

Ihr großes Projekt war die Abschaffung der Studienbeiträge, aber das ist rückwärtsgewandt und bildungsfeindlich.

(Beifall von der CDU)

Ich weiß, dass Sie da immer wieder protestieren. Ich empfehle Ihnen, Frau Schulze, das Protokoll über die Anhörung im Ausschuss zu lesen. Es ist mir vollkommen unverständlich, wie man an einem Vorhaben so stur festhalten kann, das so konsequent verrissen wurde. Alle Experten waren sich einig, dass Ihre Kompensationsmittel nicht ausreichen.

(Gunhild Böth [LINKE]: Richtig! Wir auch!)

Sie haben im Wahlkampf versprochen, die Studienbeiträge, wenn Sie sie abschaffen, voll und ganz zu kompensieren, und das haben Sie nicht eingehalten.

(Zuruf von Gunhild Böth [LINKE])

– Frau Böth, wir wollten die Studienbeiträge überhaupt nicht abschaffen. Das ist der ganz große Kernunterschied. – Die Summe wird unabhängig vom Studienbeitragsaufkommen auf alle Hochschulen verteilt und orientiert sich zudem noch an alten Zahlen aus dem Jahre 2009. Seitdem haben wir durchaus mehr Studienanfänger, und damit müssten auch die Summen entsprechend höher ausfallen.

Meines Erachtens ist das für Sie sehr bitter, Frau Ministerin. Sie nehmen 249 Millionen € – für dieses Jahr sind es 125 Millionen € – in die Hand, die aber immer noch nicht reichen. Wir alle sagen immer, wir müssen mehr für Bildung ausgeben. Das unterschreibe ich sofort, auch ohne das als Pseudostaatsphilosophie der Prävention zu überhöhen.

Aber was machen Sie? – Sie nehmen Geld weg, das im System ist, und kompensieren es mit neuem Geld, und dann auch noch zu wenig. Das ist nicht mehr, sondern weniger für Bildung, egal wie Sie es drehen und wenden. Wenn Sie den Hochschulen zusätzlich zu den Studienbeiträgen 250 Millionen € gegeben hätten, wäre das „on top“ gewesen. Dann würden wir die Debatte heute ganz anders führen. Sie werden von uns aber natürlich keine Zustimmung für einen Haushalt bekommen, der den Hochschulen massiv Mittel entzieht. Die Hochschulen werden nämlich bis zu 20 % weniger Mittel bekommen.

Im Übrigen fehlt bis heute der Erlass, in dem die Verteilung geregelt wird. Wann haben Sie eigentlich vor, das Parlament zu informieren? Noch vor dem Wintersemester oder erst nach dem Wintersemesterbeginn? An der Stelle war Ihre angebliche Politik des Dialogs schnell zu Ende. Sie haben sich nicht eine Sekunde lang ernsthaft mit unserem Weiterentwicklungsmodell der Studienbeiträge beschäftigt. Wir hatten den Vorschlag, ein zinsfreies, nachgelagertes und einkommensabhängiges Darlehen auf den Weg zu bringen, in den Raum gestellt. Damit haben Sie sich nicht ein einziges Mal beschäftigt. Das wäre ein guter Ansatz gewesen, um die Diskussion vernünftig weiterzuführen. Aber wie man an der Debatte erkennen kann, sind Sie daran gar nicht interessiert.

Ihnen geht es eigentlich nur darum, Ihr Bauchgefühl in die Realität umzusetzen. Ich glaube, das ist der falsche Weg. Wenn man ein Bauchgefühl hat, das man nicht mit Fakten untermauern kann, sollte man vielleicht lieber zum Arzt gehen.

Wir haben es gerade noch einmal schwarz auf weiß bekommen, dass Ihr Schreckensgespenst der abschreckenden Wirkung reine Angstmache ist. Herr Schultheis, weil Sie gerade die Prognos-Studie zitiert haben, möchte ich Ihnen das mit der aktuellen Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes belegen, die Frau Ministerin immer wieder selbst zitiert: 53 % aller Studierenden in Nordrhein-Westfalen kommen aus Nicht-Akademikerfamilien.

Das ist die Mehrheit der Studierenden. Man kann sich deswegen nicht einfach hinstellen und behaupten, die Studienbeiträge würden vom Studium abschrecken.

Meines Erachtens muss diese Debatte langsam auf ein vernünftiges Niveau geführt werden. Mit dem reinen Bauchgefühl, mit dem Sie das immer machen, ist das leider nicht der Fall. Sie haben gerade zugegeben, dass Sie noch nicht einmal Ahnung von dem haben, was auf Sie zukommt. Sie können bis heute noch nicht sagen, was das für die Hochschulen konkret bedeutet. Auf meine Nachfrage haben Sie es uns auch schriftlich bestätigt. Es ist aber wirklich kein gutes Zeichen, wenn Planlosigkeit regiert.

Apropos „Planlosigkeit“! Wir haben natürlich zur Kenntnis genommen, dass Ihr Ministerium „Technologie“ nicht mehr im Namen führt. Das ist auch kritisiert worden. Man könnte meinen, dass das nur der sprachlichen Vereinfachung dienen sollte. Leider stellen wir zum heutigen Zeitpunkt fest, dass Ihnen das Ganze wirklich nicht so wichtig zu sein scheint. Sie haben bislang noch nicht ein einziges Projekt, eine Vision oder einen Punkt zu diesem Thema entwickelt.

Ich will das nicht falsch verstanden sehen: Wir freuen uns, dass in diesem Bereich im Einzelplan durchaus Kontinuität zu unserer Politik in der Regierung zu sehen ist. Aber wir haben bis heute nichts dazu gehört, wo Ihre Prioritäten in dem Bereich liegen. Das ist für ein Land wie Nordrhein-Westfalen, das Innovationsland sein sollte, ein ganz schlechtes Zeichen.

(Karl Schultheis [SPD]: Sie haben das ganze Geld schon ausgegeben!)

Vielleicht steckt dahinter auch eine realistische Selbsteinschätzung, Frau Schulze. „Hochtechnologie“ ist eine komplizierte Sache. Wir haben gerade bei der unsäglichen Geschichte um die Brennelementekugeln gesehen, wie überfordert die Landesregierung – oder sollte ich besser sagen, die Ministerin, die die Kleine Anfrage beantwortet hat? – war. Es kann doch einfach nicht sein, dass die Ministerin den Sachverhalt auch nach Tagen noch nicht aufklären kann. Stattdessen äußern Sie offiziell Mutmaßungen, die dann auch noch von den Grünen dankbar in die Medien getragen werden. Das ist, wie ich finde, ein ganz mieses Spiel mit den Ängsten der Bürger.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Bei den Bürgern gewinnt man sicherlich auch kein Vertrauen, wenn sich die Landesregierung vollkommen überfordert zeigt. Das hat die Glaubwürdigkeit auch und vor allem der Forschungsministerin ganz eindeutig beschädigt. Wir werden das morgen in einer Sondersitzung des Wissenschafts- und des Wirtschaftsausschusses noch einmal ausführlich diskutieren. Darum bin ich auch sehr froh.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme noch einmal zum Gesamtetat: Der Gesamtetat beträgt 6,196 Milliarden €. Rechnet man die Abschaffung der Studienbeiträge heraus, beträgt der Gesamtetat 6,071 Milliarden €. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Steigerung um 214 Millionen € beziehungsweise um 3,5 %, in etwa also die gleiche Steigerung wie von 2009 auf 2010. Für das Jahr 2010 wurde der Etat der Vorgängerregierung um über 212 Millionen € auf über 5,8 Milliarden € erhöht. Auch insofern sehe ich hier Kontinuität, und das begrüßen wir natürlich.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Hafke, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Abgeordnete Schultheis möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Marcel Hafke (FDP): Bitte sehr.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Herr Abgeordneter Schultheis.

Karl Schultheis (SPD): Frau Kollegin Böth beschimpft mich, dass ich die Zeit verschwende, aber dennoch:

(Marcel Hafke [FDP]: Die stimmen noch nicht einmal mit!)

Ich hätte gerne von Ihnen gewusst, ob es unabhängig von den 125 Millionen €, die zur Kompensation in den Haushalt eingestellt werden, aus Ihrer Sicht Einsparmöglichkeiten im Einzelplan 06 gibt.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank, Herr Schultheis. – Ich habe gesagt, der Bereich der Studienbeiträge ist mit Sicherheit ein ganz großer. Das hätten wir in der Form nicht gemacht. An der Stelle sind wir unterschiedlicher Auffassung. – Wie ich es schon gesagt habe: Der Großteil der Positionen findet unsere Zustimmung, weil er in der Kontinuität fortgeführt wird. Es gibt aber zwei beziehungsweise drei Positionen – zu denen komme ich gleich noch –, die wir anders beurteilen und bei denen wir eine andere Prioritätensetzung sehen.

Ich möchte aber zunächst einmal fortfahren. Zunächst einmal ist es positiv, dass Sie das von Herrn Professor Pinkwart auf den Weg gebrachte NRW-Stipendienprogramm fortführen wollen, statt es zu torpedieren. Es ist überaus erfreulich, dass mittlerweile 2.600 Studierende in Nordrhein-Westfalen ein solches Stipendium erhalten.

Gleichwohl hat das für uns auch einen bitteren Beigeschmack: Aus den Erläuterungen geht hervor, dass das NRW-Programm im Hinblick auf das Deutschlandstipendium nicht weitergeführt werden soll. Das ist – erstens – an sich kein gutes Zeichen,

weil man durchaus ein eigenes Programm hätte beibehalten können. Zweitens stellt sich mir vor diesem Hintergrund die Frage, warum Sie den Mittelansatz um 1,6 Millionen € erhöhen, wenn Sie das Programm als eigenes Landesprogramm gar nicht mehr fortführen wollen.

Ich möchte noch zwei weitere Etatposten ansprechen, und zwar erstens den massiven Aufwuchs von über 2,1 Millionen € für das Deutsche Bergbaumuseum. Der bisherige Zuschuss wurde von 3,5 Millionen € auf gut 5,7 Millionen € erhöht. Bisher konnte uns noch nicht plausibel erklärt werden, warum hier die Landesmittel so massiv erhöht werden. Liegt das an der Änderung der Schlüsselzuweisungen im Bund-Länder-Verhältnis? Oder woran liegt das eigentlich?

Zweitens: die 2,5 Millionen € für die Gleichstellung. So wie sich der Haushalt liest, stellen Sie für die Förderung der Gleichstellung 2,5 Millionen € zusätzlich zu den bisherigen Mitteln ein. So wichtig das Thema „Gleichstellung“ auch ist – der Gender-Datenreport hat hier in der Tat Nachholbedarf aufgezeigt –, das ist einer der Punkte, über die wir im Zusammenhang mit Priorisierung reden müssen. Wir müssen schauen, wo mit dem wenigen Geld, das wir nun einmal zur Verfügung haben, am meisten erreicht werden kann. Ich glaube, dass wir mit diesen 2,5 Millionen € in anderen Feldern deutlich mehr erreichen würden.

Zum Beispiel könnte man dieses Geld in die Fernuniversität Hagen investieren. Die Fernuni ist gerade für Frauen mit Kindern wegen der maximalen Flexibilität ein wichtiges Angebot. Die Attraktivität der Fernuni steht außer Frage. Wir verzeichnen auch einen starken Anstieg der Studierendenzahlen von noch 42.000 im Jahr 2004 auf heute rund 74.000. – Eine Anschubfinanzierung der Medizinischen Fakultät an der Universität Bielefeld wäre ebenfalls denkbar gewesen.

Wir haben also viel Bedarf und wenig Geld. Außerdem müssen wir meines Erachtens jetzt die Weichen für die Zukunft stellen.

Vor diesem Hintergrund ist der von SPD und Grünen eingereichte Änderungsantrag – oder besser: Umbenennungsantrag – einfach nur peinlich. Laut Antrag soll die Titelgruppe 73 – Finanzierungshilfe für Forschungsinstitute – eine neue Überschrift erhalten und dann „Finanzierungshilfe für Johannes-Rau-Forschungsinstitute“ heißen. Das ist alles. Neue Zahlen gibt es nicht. Fehlanzeige! Statt sich um die Verfassungsmäßigkeit des Haushalts zu kümmern, legt die Regierungskoalition lieber einen Umbenennungsantrag vor – zudem ohne jede Begründung. Und was sind die Kriterien und Richtlinien für diese Johannes-Rau-Forschungsinstitute? Dazu haben Sie noch nichts gesagt.

Damit Sie mich an dieser Stelle nicht falsch verstehen: Ich bin Wuppertaler und habe Johannes Rau

geschätzt – sowohl das, was er in der Politik getan hat, als auch seine Arbeit als Bundespräsident. Als Wuppertaler sage ich auch: Er war ein toller Botschafter unserer Stadt. – Meines Erachtens sind aber sicher bessere Ehrungen möglich, als eine Titelgruppe nach ihm zu benennen.

Dass der Koalition Umbenennungen von einzelnen Titelgruppen wichtiger sind als eine solide Haushaltspolitik, ist schon eine Farce. Das ist reine Etikettenpolitik. Der Inhalt wird aber nicht besser, wenn man ein tolles Etikett draufklebt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich eine dringende Bitte an die Landesregierung und die Fraktionen von SPD und Grünen richten: Lassen Sie den Hochschulen ihre Freiheit und auch ihre Finanzhoheit. Der Erfolg der NRW-Hochschulen, gerade auch bei der Exzellenzinitiative, zeigt doch, dass die Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung sehr gut sind. Beschränken Sie die Hochschulen nicht, denn damit würden Sie ihnen das Vertrauen entziehen. Wir brauchen die Wissenschafts- und Forschungsfreiheit in Nordrhein-Westfalen. Es wäre nicht gut, wenn in Zukunft die Politik bestimmen würde, was gute und was schlechte Wissenschaft ist. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hafke. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Die Linke Frau Abgeordnete Böth das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gunhild Böth (LINKE): Danke. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir hängen etwas in der Zeit. Deshalb habe ich mich auch mokiert und einen Zwischenruf gemacht, ob ihr denn alle kein gemütliches Zuhause habt und die Debatte hier noch verlängern wollt. Insofern – jetzt ernsthaft zur Sache! – werde ich beim Einzelplan 06 nicht alles wiederholen, was ich gut und sinnvoll finde, sondern mich auf die Dissenspunkte begrenzen.

Wir haben gerade gehört, dass wir offensichtlich wieder bei „Wünsch Dir was“ – einer bekannten Sendung, die es früher im Fernsehen gab – und der üblichen Märchenstunde sind. Also: Wir wollen zwar bei allem mehr und es fortsetzen, aber gleichzeitig wollen wir weniger ausgeben.

Herr Hafke, Sie haben gerade gesagt, Sie wollten gerne zusätzliche Mittel generieren und diese dann auch sinnvoll einsetzen. Das würde natürlich bedeuten, dass Sie irgendwann einmal mit einem Antrag herüberkommen müssten, aus dem hervorgeht, welche zusätzlichen Mittel Sie eigentlich wo generieren wollen. Schließlich können Sie sie nicht aus den Hochschulen heraus generieren. Vielmehr brauchen wir ganz offensichtlich Bundesratsinitiati-

ven oder Anträge, die Sie hier stellen, damit zusätzliche Mittel generiert werden können. Ich habe bisher auch keinen Antrag gesehen, demzufolge jetzt die Hochschulen Mittel generieren sollen.

Wir haben einen Dissens in dem Punkt „Studiengebühren“, und zwar nicht in Bezug auf die Abschaffung der Studiengebühren, sondern in Bezug auf die Kompensation der Studiengebühren. Um das ganz deutlich zu machen: Durch die nicht auskömmliche Kompensation werden die Hochschulen weiterhin provoziert, prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Es gibt auch einzelne Hochschulleiter wie den Rektor in Köln, die androhen, dass es zu Kündigungen kommen kann, oder diese sogar schon angekündigt haben.

Das Problem ist nicht, dass die Studiengebühren wegfallen. Der Wegfall der Studiengebühren war vielmehr eine sehr vernünftige Überlegung, die dazu führen soll, dass der Anteil der akademisch ausgebildeten Menschen in diesem Bundesland steigt. Wir können gerne eine kleine Wette darauf abschließen, Herr Hafke. Auch wenn ich nicht weiß, was Sie setzen wollen, bin ich durchaus bereit, hier mit Ihnen zu wetten, dass wir demnächst mehr Studierende haben werden – und auch mehr Studierende aus Haushalten, die nicht so viel verdienen, dass sie ihren Kindern locker das Studieren ermöglichen können. Wir werden es sehen!

Die Abschaffung der Studiengebühren hat vielen Studierenden den Druck genommen. Gleichzeitig wird der Druck jetzt aber auf die Hochschulen übertragen, weil nicht zu 100 % kompensiert worden ist. Das ist völlig klar. Es ist nur die Gesamtsumme zu 100 % kompensiert worden, aber nicht die Summe für jede einzelne Hochschule.

Was mich immer wieder aufregt und auch zu Zwischenrufen provoziert, ist die Tatsache, dass CDU, FDP und die Linke gemeinsam die Chance gehabt hätten, eine ausreichende Kompensation in dieses Gesetz hineinzustimmen, und dass Sie sich dem verweigert haben. Ich kann nicht einsehen, dass Sie sich dann immer wieder hierhin stellen und sagen, es sei doch unglaublich, dass die Koalitionsfraktionen das nicht gemacht hätten.

(Beifall von der LINKEN)

Wir hätten die Möglichkeit gehabt, es zu tun. Sie aber haben gesagt: Nein, mit der Linken spielen wir nicht. Das sind Schmuttelkinder. Deshalb können wir das jetzt nicht machen.

(Beifall von der LINKEN)

Da kann ich nur sagen: Diese Art von Politik ist furchtbar stumpf. Sie ist auch an den Hochschulen nicht vermittelbar. Sie können es ja gerne einmal versuchen.

Dass es bei diesen globalen Ausgaben und globalen Einnahmen der Hochschulen zu prekärer Beschäftigung kommt, dass es unsichere Zukunfts-

aussichten für akademisches Personal, für angehende Professorinnen und Professoren, gibt und dass es Qualitätsverschlechterungen geben kann, hat allerdings weniger mit der mangelhaften Kompensation zu tun. Schließlich bekommen, wie hier richtig benannt worden ist, die Hochschulen an sich eine Menge Geld. Das Grundproblem der ganzen Hochschulfinanzierung ist also nicht nur die zu geringe Basis der Hochschulfinanzierung, sondern gleichzeitig auch das Hochschulfreiheitsgesetz.

Damit kommen wir zu einem Punkt, der ganz dringend geändert werden muss. Das ist die Regelung, dass die Hochschulen in diesem Sinne autonom und autark sind, damit zu machen, was sie wollen, dass sie also über ihre Beschäftigungsverhältnisse komplett selbst bestimmen, egal wie viel das Land Nordrhein-Westfalen in die Hochschulen steckt.

Das Gleiche – das haben wir neulich auch im Ausschuss diskutiert – gilt für die Zielvereinbarungen. Welche Möglichkeiten gibt es überhaupt für das Land Nordrhein-Westfalen, wenn die Ziele an den Hochschulen nicht erreicht werden? Welche Möglichkeiten der Steuerung gibt es insgesamt? Es kann ja wohl nicht sein, dass Hochschulen des Landes, also staatliche Einrichtungen, mit dem Geld, das ihnen gegeben wird, tun und lassen können, was sie wollen. Da müssen wir ran. Ich hoffe, wir werden demnächst auf den guten Weg kommen, ein neues Hochschulgesetz zu machen. – Danke.

(Beifall von der LINKEN und von Karl Schultheis [SPD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Böth. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung Frau Ministerin Schulze das Wort. Bitte sehr, Frau Ministerin.

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bildung ist der Dreh- und Angelpunkt einer Politik, die NRW fit macht für die Zukunft. Wir wollen alle Bildungspotenziale in den Köpfen nutzen, die in dieser Gesellschaft vorhanden sind, egal, was die Eltern im Geldbeutel haben.

Das bedeutet nun mal, dass man für den Bildungsbereich Geld in die Hand nehmen muss. In Nordrhein-Westfalen darf kein Talent mehr verlorengehen. Denn wir wollen, dass die Menschen in diesem Land die Chance haben, sich als Individuen zu entfalten und ihre persönliche Entwicklung und ihren sozialen Aufstieg selbst in die Hand zu nehmen.

Dabei ist uns vollkommen klar, dass der Gewinn des Einzelnen zugleich ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft ist. Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen alle Talente, um die gewaltigen Herausforderungen einer wettbewerbsfähigen Technologiegesellschaft auch wirklich zu bewältigen. Wir

brauchen sie für die wissenschaftlichen Spitzenleistungen, und wir brauchen sie in der technischen Umsetzung. Sie wissen – das haben wir in diesem Parlament oft genug diskutiert –: Nur Länder mit einer gut ausgebildeten Bevölkerung können mittel- und langfristig ihre Wirtschaftskraft erhalten und von künftigen wirtschaftlichen Wachstumseffekten profitieren.

Das gilt ganz besonders für unsere exportorientierte Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Nordrhein-Westfalen. Wir können zwar momentan eine erfreuliche konjunkturelle Aufwärtsentwicklung verzeichnen, aber wir sind noch lange nicht wieder auf einem stetigen Wachstumspfad. Stattdessen bestehen nach wie vor erhebliche Risiken für ein anhaltendes Wachstum.

Ein wesentlicher Aspekt ist der drohende Fachkräftemangel; Herr Schultheis hat eben schon darauf hingewiesen. Laut einer OECD-Studie vom Frühjahr 2010 weist Deutschland bei der Akademikerquote vergleichsweise hohe Defizite aus. Wir nutzen also unsere Potenziale nicht. Das gilt aber auch für die Bewältigung der demografischen Entwicklung und bei der Vermeidung hoher sozialer Reparaturkosten in der Zukunft.

Die OECD hat uns eine Studie vorgelegt, nach der jeder einzelne Hochschulabsolvent für die Steuerzahler ein Plus von mindestens 150.000 € bringt, weil er oder sie seltener arbeitslos ist und meistens höhere Steuern zahlt. Menschen mit guter Ausbildung generieren deshalb einen gesamtgesellschaftlichen Wohlstandsgewinn. Und darum muss es uns doch gehen.

Die wachstumspolitische Bedeutung von Wissenschaft und Bildung ist deshalb das zentrale Zukunftsthema für Nordrhein-Westfalen. Investitionen in Bildung und Wissenschaft sind rentierliche Investitionen für das Land und für die Menschen in diesem Land.

Mit dem Haushaltsentwurf 2011 investiert die Landesregierung daher konsequent in ein zukunftsfähiges Bildungssystem, in ein studierbares Studium. Wir bauen Hürden ab, die den Zugang zu einer guten Bildung erschweren. Wir haben, wie versprochen, die Studiengebühren abgeschafft.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Meine Damen und Herren von der FDP, über die Art und Weise, die Studiengebühren abzuschaffen, ist in den Wahlkämpfen und mit der Wahl entschieden worden. Ihr Modell ist nicht gewählt worden. Das müssen Sie einfach mal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir ermöglichen mit der Abschaffung der Studiengebühren mehr Bildungsbeteiligung für alle und Chancengleichheit beim beruflichen und sozialen Aufstieg in höherqualifizierte Berufe. Das Gesamt-

volumen der Studienförderung erhöhen wir auf insgesamt 538 Millionen €.

Die Erfolge in der Gleichstellung werden honoriert. Rund 3,5 Millionen € stehen zum ersten Mal in einer eigenen Titelgruppe zur Förderung der Gleichstellung an den Hochschulen bereit. Und das ist mir enorm wichtig: dass wir in der Gleichstellungspolitik weiterkommen. Das Thema würde eine eigene Debatte lohnen. Herr Ellerbrock ist jetzt leider schon weg. Wir sollten in diesem Parlament aber auch mal diskutieren, warum wir in der Wissenschaft Frauen ganz dringend brauchen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir unterstützen die Verbesserung der Lehr- und Studienqualität. Zur Sicherung und Verbesserung der Lehr- und Studienqualität garantieren wir erstmalig Qualitätsverbesserungsmittel in Höhe von 125 Millionen €, zweckgebunden und ohne Auswirkungen auf die Aufnahmekapazität.

Da verstehe ich die Argumentation der CDU und von Herrn Brinkmeier leider nicht. Ich kann nicht verstehen, wie man hier sagen kann: Okay, wir haben keine Mehrheit, das Gesetz zur Abschaffung der Studiengebühren wieder zu ändern. Wir wollen aber, dass die Hochschulen das Geld für die Kompensation bekommen. – Die Landesregierung stellt dieses Geld jetzt ein. Und dann sagt Ihr Herr Laumann, dieses Geld soll gestrichen werden. Diese Logik erklären Sie mir mal! Wenn die Hochschulen dieses Geld brauchen, warum wollen dann ausgerechnet Sie es hier streichen? Das ist eine Logik, die mir vollkommen verschlossen bleibt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir schaffen attraktive und konkurrenzfähige Studien- und Forschungsbedingungen. Für die Ausweitung und Verbesserung des Studienangebots stehen zusätzlich Mittel in Höhe von 80 Millionen € zur Verfügung. Angesichts des enormen Sanierungsbedarfs im Bereich der Universitätskliniken wurde das Investitionsvolumen für besonders dringliche Maßnahmen um noch einmal 16 Millionen € erhöht.

Wir kürzen nicht bei der allgemeinen Finanzierung der Hochschulen. Schauen Sie sich mal die Bundesländer um uns herum an! Da sieht das vollkommen anders aus. Wir wollen, dass die Hochschulen ihre Aufgaben weiterhin auf einem hohen Niveau wahrnehmen können. Deshalb garantiert die Landesregierung den Hochschulen Sicherheit und Verlässlichkeit in der Finanzierung, und zwar vollkommen anders, als die hessische Landesregierung dies getan hat.

Das bedeutet für die gesamten Einzelplan 06 für 2011: Die Ausgaben für Innovation, Wissenschaft und Forschung steigen auf ein Rekordniveau von rund 6,2 Milliarden €. Das unterstreicht noch einmal sehr deutlich die Priorität, die der Bereich „Bildung,

Wissenschaft, Forschung und Innovation“ für die Landesregierung hat.

Diese Prioritäten spiegeln sich auch in den Ausgaben für Innovations- und Forschungsförderung wider – einschließlich der Ausgaben für den Strukturfonds der Hochschulen und für die wissenschaftlichen Großgeräte.

Die Mittel für die Forschungsförderung des MIWF haben sich gegenüber 2010 noch einmal erhöht, und das ist auch gut so. Auch da verstehe ich die Ansätze der CDU nicht. Eine prozentuale Einsparung bei den Förderprogrammen von 2 %, wie die CDU sie fordert, wäre gerade im Bereich Wissenschaft und Forschung absolut kurzsichtig und kontraproduktiv. Sie haben diesen Bereich ausdrücklich nicht ausgenommen; in allen Bereichen soll gekürzt werden.

Meine Damen und Herren von der CDU, das müssen Sie mir einmal erzählen: wie wir gleichzeitig die großen Herausforderungen dieser Gesellschaft stemmen sollen, wie wir mehr Forschung und Wissenschaft nach vorne bringen sollen, wenn ausgerechnet bei diesen zentralen Entwicklungsmitteln, die wir dort haben, gekürzt werden soll. Das ist absolut nicht einzusehen.

Dasselbe gilt übrigens auch für die von der CDU geforderte globale Minderausgabe. Für den Einzelplan 06 würde das ganz konkret bedeuten, dass wir rechtlich verbindliche Zusagen aus den Vorjahren, die Sie damals noch gemacht haben, von 40 Millionen € nicht einhalten könnten. Zusagen müssten wieder zurückgenommen werden. Uns würden wegen der fehlenden Möglichkeiten zur Komplementärfinanzierung EU-Mittel verlorengelassen. Ich möchte Sie hier mal sehen, wenn wir EU-Mittel nicht in Anspruch nehmen würden, weil die Komplementärmitel fehlen. Das ist mit uns eindeutig nicht zu machen. Wir setzen auf eine kontinuierliche Förderung von Forschung und Innovation. Das sind Grundlagen für unsere wirtschaftliche Zukunft. Da kann man nicht mal eben 2 % locker herausstreichen.

Neben den Mehrausgaben in der überregional finanzierten Forschung haben wir den landespolitisch wichtigen Ansatz zur Förderung von Forschung, Lehre, Internationales und Transfer der Titelgruppe 64 auf 33,5 Millionen € gesteigert.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Pscht!

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Das betrifft auch die von der vorherigen Landesregierung zugesagten, aber nicht ausfinanzierten Vorhaben. Und davon gibt es eine ganze Menge. Das DZNE in Bonn ist eben schon angesprochen worden. Solche wichtigen Vorhaben werden wir jetzt endlich mit einer soliden

finanziellen Basis versehen – anders als die Vorgängerregierung dies getan hat.

Es ist uns ferner gelungen, dass das bisher allein vom Land geförderte Institut für Umweltmedizinische Forschung über die Leibniz-Gemeinschaft in die gemeinsame Finanzierung von Bund und Ländern überführt wird. Auch das ist eine Entlastung für den Landeshaushalt, die enorm wichtig ist. Der gesamte Etat zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Forschungs- und Technologiestandortes Nordrhein-Westfalen steigt damit auf insgesamt 639 Millionen €.

Meine Damen und Herren, das waren die Eckpunkte zum Haushaltsentwurf 2011. Mit diesen Bildungsinvestitionen gibt die Landesregierung wichtige Impulse zur Beseitigung des Fachkräftemangels, zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, zur Wirtschaftskraft und zur langfristigen Steigerung der Kaufkraft von jungen Menschen durch das Ende des Bezahlstudiums. Auch das ist ein Punkt, den wir hier schon ausführlich diskutiert haben, dessen Bedeutung wir Ihnen im Ausschuss aber gerne noch einmal länger erläutern.

Nordrhein-Westfalen braucht diese positiven Impulse, um seine Wirtschaftskraft auch wirklich zu stärken und um hohe soziale Reparaturkosten für die Zukunft zu vermeiden. Unzureichende Bildung für Nordrhein-Westfalen kostet Geld, und zwar unser Geld und das Geld unserer Kinder.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Pscht!

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Das zeigen aktuelle Studien. Fehlende Bildungschancen und schlechte Bildungsbedingungen vermindern das Wirtschaftswachstum. Wir haben das schon mehrfach diskutiert. Ich will aber noch einmal auf die Studie hinweisen, die bis zum Jahr 2020 mehr als 1,9 Milliarden € an verschenktem Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt schätzt, wenn wir nicht in die Bildung investieren würden.

Die Landesregierung will diese Wachstumseffekte eines zukunftsfähigen Bildungssystems durch mehr Bildungsbeteiligung und mehr Chancengerechtigkeit auch wirklich nutzen. Deshalb investieren wir in diesen Bereich. Benjamin Franklin hat einmal gesagt: Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen. – Der Mann hat wirklich recht. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Dr. Seidl das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Bevor Sie hier am Rednerpult das Wort ergreifen, möchte ich aber noch einmal darauf hinweisen, dass es aus meiner Sicht der Debatte insgesamt zuträglich wäre, wenn die Geräuschkulisse im Saal sich etwas reduzieren würde. Ansonsten ist es für jede Rednerin und jeden Redner schwer, hier durchzudringen.

Bitte schön, Frau Dr. Seidl.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte mich noch einmal zu Wort gemeldet, als Herr Hafke die Äußerung tätigte: Wir spielen mit den Ängsten der Menschen, wenn es um die Finanzierung des Studiums geht. – In diesem Zusammenhang, Herr Hafke, möchte ich Ihnen gerne noch einmal vortragen, was das Deutsche Studentenwerk am 27. Januar 2011 in einer Pressemitteilung zu dem Thema „Soziale Selektivität“ im Hochschulbereich gesagt hat:

„Das deutsche Hochschulsystem ist sozial selektiv wie kaum ein anderes in der Welt. ... Das ist beschämend für ein Land, das Bildungsrepublik sein will, und das ist schädlich für ein ... Land, das dringend auf kluge Köpfe aus allen Schichten der Bevölkerung angewiesen ist.“

Es ist immer noch so, wie vor hundert Jahren, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Akademiker reproduzieren sich in unserem Bildungssystem selbst. Genau das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb: Wir wollen, dass auch die Kinder der Krankenschwester studieren können und dass das Studium eben nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD –
Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Das ist doch immer Ihre Argumentation. Ich will Ihnen die soziale Situation gerne noch einmal an einigen Zahlen verdeutlichen; denn das ist hier eben kreuz und quer gegangen. Nur 22 % aller Studierenden in Nordrhein-Westfalen erhalten überhaupt BAföG. 22 %! Und nur bei ganz wenigen beitragszahlenden Studierenden entfällt die Rückzahlungspflicht für den bislang erhaltenen Kredit in vollem Umfang. Sie haben ja immer behauptet, das sei so, weil die hohe BAföG-Zahlungen erhalten haben. Das heißt, weit mehr als 80 % aller Studierenden müssen die Studiengebühren entweder im Voraus bezahlen oder später die Kredite zur Finanzierung der Studiengebühren in voller Höhe zurückzahlen. Das heißt zugleich: Weit mehr als 80 % der Studierenden und ihre Familien werden durch die Abschaffung der Studiengebühren real entlastet.

Wer angesichts dieser Zahlen behauptet, dass nur reiche Eltern entlastet werden – ich sehe gerade Herrn Laschet: das ist ja Ihr Lieblingssatz –, der dreht die Wirklichkeit an dieser Stelle.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich kann das nur noch einmal wiederholen: Sie entlasten Hoteliers und Besserverdienende.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche, deren Eltern nicht so vermögend sind, an unserem Bildungssystem partizipieren können.

Aber wir wollen nicht nur das. Wir wollen auch, dass möglichst viele von ihnen ein Studium aufnehmen können. Denn wenn wir Innovationsland Nummer eins werden wollen, wie Ihr früherer Wissenschaftsminister immer so gerne betont hat, dann brauchen wir eben alle klugen Köpfe in NRW. Das ist auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft.

Die Einführung der Campus-Maut in Nordrhein-Westfalen hat aber das genaue Gegenteil bewirkt. So ist die Studierquote 2006 bei Einführung der Studiengebühren immens eingebrochen und bis heute nur mühsam wieder auf den Stand von 2005 hochgeklert.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Dr. Seidl, entschuldigen Sie, wenn Sie unterbreche: zum einen weil hier im Plenum eine nicht mehr akzeptable Geräuschkulisse herrscht,

(Beifall von Sören Link [SPD])

und zum anderen weil die Abgeordnete Birkhahn Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen möchte. Lassen Sie die zu?

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Gerne.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Frau Kollegin.

Astrid Birkhahn (CDU): Vielen Dank, Frau Seidl, dass ich die Zwischenfrage stellen kann. Es ist eine echte Frage. Ich habe eine kleine Anfrage formuliert, in der ich Aufschluss über den Hintergrund der Eltern der Studierenden bekommen wollte. Dazu hat man mir geschrieben, man könne das nicht mitteilen. Ich wollte von Ihnen gerne hören, woher Sie wissen, dass Kinder von Nichtakademikern studieren bzw. nicht studieren. Könnten Sie Ihre Informationen einmal hier im Plenum bekannt geben?

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Die Frage habe ich überhaupt nicht verstanden. Ich habe Ihnen doch eben dargelegt, dass weit mehr als 80 % der Studierenden kein BAföG bekommen.

(Astrid Birkhahn [CDU]: Woher wissen Sie das?)

– Aus der HIS-Studie. Es gibt genug Studien. Vielleicht sind Sie nicht lange genug dabei.

(Unruhe)

Aber dann lesen Sie die doch bitte mal! Ich habe das an dieser Stelle alles oft genug zitiert.

Im Übrigen finde ich es überheblich, Herr Hafke, wenn Sie über die sozialen Hürden für die Aufnahme und über die Gründe für den Abbruch eines Studiums einfach hinwegsehen wollen. Und wenn Sie sagen, Herr Brinkmeier, wir hätten, was die Kompensierung der Abschaffung der Studiengebühren angeht, unsere Hausaufgaben nicht vernünftig gemacht, dann kann ich Ihnen nur entgegenen: Wir kompensieren den Wegfall der Studiengebühren im vollen Umfang auf der Grundlage der Einnahmen aus dem Jahre 2009. Das ist exakt die Summe.

(Unruhe)

Mehr noch: Wir bieten unseren Hochschulen Planungssicherheit für die nächsten fünf Jahre,

(Unruhe)

und zwar über dieses Haushaltsjahr hinaus – anders als Ihre CDU in Hessen, die mit Taschenspielertricks den Hochschulen die Kompensierung wieder aus der Tasche gezogen hat.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von Gunhild Böth [LINKE])

Wer heute noch behauptet, die Abschaffung der Studiengebühren verschlechtere die Qualität der Lehre an den Hochschulen, macht sich auf ganzer Ebene lächerlich. Sie wissen doch ganz genau, dass die Qualität der Lehre und des Studiums nicht alleine an diesen 250 Millionen € hängt. Wir geben jedes Jahr 3,5 Milliarden € an die Hochschulen und 1 Milliarde € an die Unikliniken. Diese 250 Millionen € sind eine zusätzliche Leistung durch das Land.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb, sollten Sie Ihre politische Strategie noch einmal überdenken. Es ist schon ein Ding aus dem Tollhaus, wenn Sie uns auf der einen Seite vorwerfen, zu wenig Geld in die Qualität von Studium und Lehre zu investieren, und auf der anderen Seite heute dann vorschlagen, genau diese Investition in die Hochschulen zurückzunehmen. Nein, Herr Hafke und Herr Brinkmeier, das ist ein ganz, ganz durchsichtiges Manöver, was Sie uns hier vorspielen. Es lenkt davon ab, dass Sie mit Ihrer „Privat vor Staat“-Politik gescheitert sind.

(Beifall von der SPD)

Sie hatten von Anfang an ein großes Akzeptanzproblem bei den Studierenden. Sie hatten ein massives Transparenzproblem, was die Verwendung der Studiengebühren angeht. Und Sie hatten ein Glaubwürdigkeitsproblem, indem Sie zulasten des

Bildungsbereiches Milliarden an Steuergeschenken in die Welt verteilt haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Unser Kerngeschäft in Nordrhein-Westfalen ist die Bildungspolitik. Das ist staatliche Aufgabe. Hierfür übernehmen wir mit diesem Haushalt wieder komplett die landespolitische Verantwortung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Dr. Seidl. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. – Auch nach einem Blick in die Runde bleibt es dabei. Dann sind wir am Schluss der Beratungen zum Einzelplan 06.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 06. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt, den Einzelplan in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer der Beschlussempfehlung Drucksache 15/1706 folgen möchte, den darf ich jetzt um das Handzeichen bitten. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Keine. Bei Nichtteilnahme der Abgeordneten der Fraktion Die Linke ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 15/1706 angenommen** und der **Einzelplan 06 verabschiedet**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zu:

Einzelplan 10 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Dieser Einzelplan hat – so die Verabredungen – die Teilbereiche „Umwelt und Naturschutz“, „Verbraucherschutz“, „Landwirtschaft“ und „Klimaschutz“.

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht Drucksache 15/1710 hin.

Zunächst eröffne ich die Beratung zum

Teilbereich Umwelt und Naturschutz

Hierzu hat als erster Redner der Abgeordnete Deppe für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Deppe.

Rainer Deppe (CDU): Frau Vizepräsidentin! Meine Damen und Herren! Der Einzelplan 10 ist mit 673 Millionen € zwar nicht der größte Etat, aber er gehört zu den Einzelplänen mit der höchsten Stei-

gerungsrate: ein Plus von satten 19 % gegenüber dem Jahr 2010.

(Beifall von den GRÜNEN)

Im Vergleich zum Gesamthaushalt, der sich auch noch durch ein Plus von 6,8 % auszeichnet,

(Ralf Witzel [FDP]: Schuldentreiber!)

sind Sie, Herr Rimmel, der Schuldenmacher Nummer eins im Kabinett.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich frage mich, warum die anderen Kollegen in Ihrem Kabinett das alles so mitmachen.

(Armin Laschet [CDU]: Nachhaltigkeitsminister!)

Frau Kraft ist die Schuldenkönigin; aber gemessen an der Steigerung sind Sie, Herr Rimmel, der Schuldenkaiser dieser Landesregierung.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vor dem Hintergrund dieser Steigerungsrate erzählen Sie den Menschen dann etwas von Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit bedeutet Schutz der Umwelt, Bewahrung der Schöpfung, Schutz der Ressourcen – und zwar Schutz der natürlichen, aber auch der finanziellen Ressourcen. Heute das Geld zu verbrauchen und auszugeben, was die nächsten Generationen erst erarbeiten müssen, ist alles andere als nachhaltig. Das ist kurzsichtig und verantwortungslos.

Nun einige Worte zur Stellensituation. – In dieser Woche haben Sie erneut angekündigt, 300 zusätzliche Stellen in der Umweltverwaltung zu schaffen. Ihr Kollege Schneider darf im Bereich Arbeitsschutz immerhin 60 Stellen wiederbesetzen – keine neuen Stellen. Wieder einmal bestimmen die Grünen, wo es langgeht, nicht die SPD. Ich kann nur sagen: Das Königreich Hohn wird jetzt als Kaiserreich Rimmel wieder aufgebaut.

(Beifall von der CDU)

Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sind mit dieser Schuldenpolitik nicht zu machen.

Wenn es Ihnen wirklich um eine Verbesserung der Umweltsituation gehen sollte und Sie ehrlich vor sich selbst wären, müssten Sie nach einem dreiviertel Jahr – morgen sind Sie übrigens genau neun Monate Minister, herzlichen Glückwunsch – eine enttäuschende Bilanz ziehen. In nur neun Monaten haben Sie es geschafft, die Landwirte, die Waldbauern, die Förster, die Jäger, die Angler, die Sägewerker, die Wirtschaft, die Handwerker und sogar die Gewerkschaften – ob die IG-Bau oder den BDF – gegen sich und Ihre Politik aufzubringen. Herzlichen Glückwunsch! Das ist keinem anderen Minister in diesem Kabinett gelungen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)